



Allgemeiner Studierendenausschuß

Pressemitteilung

Bielefeld, den 03.02.2009

**Referat für Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit**

**Jonas Damian
Hendrik Unger**

Universitätsstr. 25
33615 Bielefeld

Fon: 0521/106-3423
Fax: 0521/106-6477
e-mail: presse@asta-bielefeld.de
www.asta-bielefeld.de

Raum: C1 - 154

Sekretariat
Carola Kayser
Ilka Jannasch

Fon: 0521/106-3436
Raum: C2 – 120

Studierendenproteste gegen Studiengebühren

Im Vorfeld der kommenden Senatssitzung der Universität Bielefeld am 4.02.2009 kam es zu vielseitigen Protesten der Studierenden gegen die geplante Verabschiedung einer neuen Satzung zur Erhebung von Studiengebühren. Höhepunkt der Proteste wird eine Vollversammlung aller Studierenden parallel zur Senatssitzung am Mittwoch, den 4.02.2009 um 8:30 Uhr vor dem Audimax sein.

Die Studierenden richteten sich mit ihren Protesten gegen die zunehmende Ökonomisierung der Bildung, die ein Studium immer mehr von den finanziellen Möglichkeiten und immer weniger von den persönlichen Fähigkeiten abhängig macht. So kam es im Verlauf der letzten Woche u.a. zu einer Jubeldemo in der Mensa und der zentralen Halle der Uni, bei der auf satirische Weise die Perversion der bevorstehenden Entscheidung deutlich gemacht wurde. Außerdem war in der Unihalle ein Wohnzimmer aufgebaut, das für 350 Euro einen Platz in einer 1750er-WG in Aussicht stellte. Durch die Aktionen wurde auf vielfältige Weise über die anstehende Senatssitzung und Vollversammlung am Mittwoch informiert und zur aktiven Teilnahme mobilisiert.

"Wir unterstützen den Protest unserer Mitstudierenden und werden im Senat deshalb einen Antrag auf Abschaffung der Gebührensatzung stellen," formulierte Mira Schneider (AStA-Referentin für Studienreform und studentische Senatorin) die Meinung der studentischen VertreterInnen im Senat.

Bereits Mitte Januar hatten die Studierenden der Universität auf einer Vollversammlung eindeutig ihre Ablehnung von Studiengebühren artikuliert und eine öffentliche Senatssitzung gefordert.

Laut einer Studie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung verzichteten im vergangenen Jahr 16.000 Abiturienten wegen Studiengebühren auf die Aufnahme eines Studiums. Der Senat muss erneut über die Gebühren entscheiden, da die alte Satzung zum Ende des Sommersemesters ausläuft. Die ProfessorInnenschaft besitzt im Senat die absolute Mehrheit und kann eine neue Satzung, wie schon vor zwei Jahren, gegen die Interessen aller weiteren Hochschulangehörigen im Alleingang durchsetzen.